

Stromspartarife für einen Atomausstieg konkret für Zürich

Ein Jahr ist vergangen seit dem Super-GAU in Fukushima. Ein Jahr in dem viel passiert ist. Energiepolitisch liegt praktisch kein Stein mehr auf dem gleichen Platz wie vor einem Jahr. In Japan sind nur noch 3 von dereinst 56 Atomkraftwerken am Netz und ab Mai wird das Land, das ähnlich technologiefixiert ist wie die Schweiz, mindestens vorübergehend ganz ohne Atomstrom sein. Und trotzdem haben immer noch alle genug Strom. In Deutschland wurde der definitive Atomausstieg inzwischen auf das Jahr 2022 festgesetzt. In der Schweiz wurde von Bundesrat und Parlament eine Kehrtwende weg von Atomenergieausbauplänen hin zu einem mittelfristigen Atomausstieg vollzogen. Und erst vor zwei Wochen setzte das Schweizer Verwaltungsgericht eine Befristung der Betriebsbewilligung von Mühleberg auf den Juli 2013 fest.

Die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich stimmte schon im November 2008 mit einer Dreiviertelmehrheit für einen Atomausstieg der Stadt Zürich durch Auslaufenlassen der bisherigen Atombezüge ohne festes Ausstiegsdatum.

Der energiepolitischen Koalition von SP, Grünen und glp reicht das nicht. Schon gar nicht vor dem Hintergrund der oben genannten Entwicklungen. Wir wollen für die Stadt Zürich eine sichere, atomstromfreie Zukunft mit erneuerbaren Energien auf der Basis von klaren Rahmenbedingungen. Hierfür braucht es konkrete Schritte und Massnahmen.

1. Eine klares Ausstiegsdatum und eine Ausstiegsstrategie

Hierfür stehen die beiden überparteilichen Motionen zum beschleunigten Atomausstieg der Stadt Zürich. Sie fordern als Kompromiss, aber immerhin verbindlich, die Verankerung des Atomausstiegs bis spätestens im Jahr 2034 in der Gemeindeordnung und die Ausarbeitung einer verbindlichen Strategie für den Atomausstieg.

2. Die Einführung von Stromspartarifen in der Stadt Zürich

Der Verbrauch wird über Angebots- und Preisstrukturen gesteuert. Ist der Preis zu tief, besteht wenig Anreiz zum sparsamen Umgang mit einem Produkt. Ebenso wenig besteht ein Anreiz bei einem linearen Tarifmodell. Deswegen braucht es ein neues Tarifsysteem, welches die entsprechende Lenkungswirkung entfalten kann. Das im Rahmen der vorliegenden Tarifanpassungsweise vom Stadtrat vorgelegte Tarifmodell genügt den neuen energiepolitischen Voraussetzungen auf die Dauer nicht mehr. Aus diesem Grund wollen wir die Gültigkeit der angepassten Tarife auf Ende 2014 begrenzen und fordern den Stadtrat mit entsprechenden Motionen auf, eine umfassende Tarifrevision vorzulegen.

Die neuen Tarife müssen zum einen dem zunehmenden und ungebremsten Nachfragezuwachs beim Strom dämpfend entgegenwirken. Zum anderen muss die ewz-Produktepalette derart revidiert werden, dass jedes angebotene Stromprodukt über die Zeit einen stetig ansteigenden Anteil an Strom aus erneuerbarer Energieproduktion beinhaltet. Dieser Anteil muss schliesslich zum Zeitpunkt des Ausstieges aus konventionellen Produktionsanlagen im Jahr 2034 100% erreichen. Alle Stromprodukte weisen anfangs einen Mindestanteil von 50% Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus.

Es ist uns ein Anliegen, zusammen mit dem ewz so rasch wie möglich in die Richtung einer 100% erneuerbaren Zukunft zu gehen. Unsere hier und heute vorliegenden Anträge und Motionen bieten hierfür Gewähr. Umso mehr sind wir über die zögerliche Haltung des Stadtrats erstaunt, welcher nicht zur Entgegennahme der Motionen bereit ist.

Wir sind überzeugt davon, dass für eine Stadt, die bis Mitte des Jahrhunderts eine 2000-Watt-Gesellschaft sein will, der Atomausstieg bis zum Jahr 2034 ein äusserst wichtiger, zentraler und realistischer Meilenstein darstellt. Ein erster Schritt in diese Richtung sind zukunftsfähige Stromtarife.

Für weitere Infos:

Bernhard Piller, Gemeinderat Grüne, Präsident der Spezialkommission TED/DIB:

079 823 64 93